

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 16 20-0
Telex: 866846 ppbn d
Telefax: 9 16 20-12

Inhalt

Gernot Erier MdB zu Plänen der Hardthöhe, die "out of area"-Einsätze vorsehen: Stoltenbergs Abenteuerertum.

Seite 1

Dokumentation

Günter Gaus sprach in Dresden: Über die Macht der Hüte und der deutsche Gruß unserer Tage. (Teil I)

Seite 4

47. Jahrgang / 33

17. Februar 1992

Stoltenbergs Abenteuerertum

Zu Plänen der Hardthöhe, die "out of area"-Einsätze vorsehen

Von Gernot Erier MdB

Im Januar 1992 hat Verteidigungsminister Stoltenberg ein Grundsatzpapier zu den künftigen Aufgaben der Bundeswehr vorgelegt, das aus der Feder von Generalinspekteur Naumann stammt und von erheblicher Bedeutung ist. Denn diese Studie, die am 12. Februar erstmals im Verteidigungsausschuß diskutiert wurde und bereits am 19. Februar dem Bundeskabinett vorgelegt werden soll, begründet auf der Basis einer neuen Militärdoktrin und eines erweiterten Sicherheitsbegriffes ein neues Auftragspektrum deutscher Streitkräfte, aus denen sich künftig Umfang, Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehr ableiten lassen.

Die Studie stellt die Verbindung her zwischen dem neuen Strategischen Konzept der NATO, das am 7. November 1991 auf dem NATO-Gipfel in Rom beschlossen wurde, und dem Bundeswehrplan 1993, zu dem seit dem 11.1.1992 die Eckdaten vorliegen. Insofern formuliert der Text die nationale Umsetzung des neuen Bündniskonzeptes für die Bundesrepublik Deutschland, geht aber, wie zu zeigen ist, in zentralen Punkten über die strategischen Überlegungen des NATO-Konzepts hinaus.

Von seinen Ansätzen her gefährdet die Studie den sicherheitspolitischen Grundkonsens, der in der Bundesrepublik trotz heftiger Auseinandersetzungen in Einzelfragen über Jahrzehnte hinweg gehalten hat. Stoltenbergs neue Militärdoktrin ist mit sozialdemokratischen Vorstellungen über einen Auftrag deutscher Streitkräfte in verändertem sicherheitspolitischen Umfeld nicht vereinbar. Wenn es nicht gelingt, an wesentlichen Punkten dieses Konzeptes Änderungen zu erreichen, droht ein innenpolitischer Konflikt über die künftige Rolle der Bundeswehr in der Dimension des Streits über die Nachrüstung atomarer Mittelstreckenwaffen.

Auf der Suche nach neuer Legitimation

Seit dem 'Neuen Denken' Michail Gorbatschows entwickelte sich eine Sinnkrise der westlichen Strategien und Militärpotentiale, die sich bei der Festlegung von Auftrag, Umfang und Struktur stets an dem östlichen Bedrohungsszenario orientiert hatten. Je geringer die Bedrohung aus dem klassischen Ost-West-Gegensatz wurde, desto kreativer wurde die Suche nach neuen Aufgaben und Legitimationen bewaffneter Streitkräfte. Dabei gab es grundsätzlich zwei Richtungen: Einmal die Abkoppelung vom unmittelbaren sicherheitspolitischen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erweitertes Logo
mit zentraler Kreisform
Recycling-Papier



Risiko. Entsprechend sollten bewaffnete Streitkräfte neue Aufgaben (Terrorismusbekämpfung, Unterbindung von Drogenhandel, Umweltschutz) übernehmen oder ihre Existenz gar aus nationaler Symbolik heraus definieren (Streitkräfte als Insignien souveräner Staaten). Diese Versuche mußten schon deshalb scheitern, weil sie zu keinen nachvollziehbaren Aussagen zu sinnvollen Größenordnungen gelangen konnten.

Die erfolgversprechende zweite Richtung suchte neue Legitimation in neuen Bedrohungen, zum Beispiel in der Verbindung zwischen den noch immer beträchtlichen Militärpotenzialen auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion mit dort entstehenden politischen Instabilitäten bis hin zu regionalen Bürgerkriegen. Das Jahr 1991 begünstigte diesen Ansatz und verhalf ihm zum Durchbruch durch die beiden von einer breiten Öffentlichkeit miterlebten Konflikte Golf-Krieg und Bürgerkrieg in Jugoslawien: Obwohl deutsche Soldaten beim Golf-Krieg nur am Rande (durch Verlegung in die Türkei) involviert waren und im Jugoslawienkonflikt überhaupt noch keine militärische Intervention von außen stattgefunden hat, bestärkten diese Ereignisse doch ein Bewußtsein für weltweite Krisen, auf die man auch militärisch vorbereitet sein muß. Seit der Auflösung der Sowjetunion und mit der Zunahme fundamentalistischer Einflüsse in der islamischen Welt wächst weltweit ein diffuses Unsicherheitsgefühl.

Es ist dieses emotionale Verunsicherungssyndrom, das sich die Hardthöhen-Strategen zunutze machen, um künftige Aufgaben und notwendige Fähigkeiten deutscher Streitkräfte zu beschreiben. Damit umgehen sie eine Konsequenz, die man nach dem Zusammenbruch des Ost-West-Konflikts eigentlich hätte erwarten können: nämlich daß eine dramatisch verringerte militärische Bedrohung auch eine drastische Verkleinerung von bewaffneten Streitkräften und der Ausgaben für Verteidigung nach sich ziehen müßten. Die Stoltenberg-Studie schreibt stattdessen die Zahl 370.000 Mann fest und rechnet auch Mitte der 90er Jahre noch mit 50-Milliarden-Haushalten wie 1991 und 1992.

Eine sich selbst erhaltende Struktur

Es lohnt sich festzuhalten, daß eine krumme Abfolge zu dem jetzigen Versuch führt, den Auftrag der Bundeswehr neu zu definieren. Am 14. September 1990 hat sich die Bundesrepublik im 2+4-Abkommen auf die Zielgröße 370.000 Mann bis 1994 festlegen müssen. 1991 sind in Umsetzung dieser Verpflichtung reihenweise wichtige Entscheidungen zum Abbau der Streitkräfte, der Zivilbeschäftigten und der Bundeswehrverwaltung gefallen. Im selben Jahr erfolgten die wirklich wichtigen Veränderungen des militärischen Bedrohungsszenarios: Auflösung des Warschauer Pakts, Beginn des Rückzuges sowjetischer Truppen aus ganz Osteuropa, Annäherung der osteuropäischen Nachbarn an die NATO (Liaison-Konzept und Nordatlantischer Kooperationsrat), Auflösung der Sowjetunion.

Die Botschaft der Stoltenberg-Studie lautet sinngemäß: Zufällig haben sich exakt so viele neuen Bedrohungen in Substitution der wegfallenden ergeben, daß wir bei den 370.000-Mann-Umfang bleiben und leider auch auf die vielbesungene "Friedens-Dividende" verzichten müssen. In Wirklichkeit versucht sich hier eine Struktur selbst zu erhalten, und zwar mit dem gefährlichen Mittel einer neuen Ideologie.

Die Brüche zu ihr bildet das Postulat einer "übergeordneten politischen Aufgabe der Streitkräfte" und die "Zugrundelegung eines weiteren Sicherheitsbegriffs". Zumindest das zweite ist nicht neu. Den "broad approach to security" finden wir schon in der neuen Allianz-Strategie vom November 1991, dort allerdings noch (in Kap. 43) eingeschränkt in dem Sinne, daß "Streitkräfte des Bündnisses ... politische Maßnahmen ergänzen und ihnen Nachdruck verleihen" und damit zur Krisenbewältigung beitragen können. Sogleich wird dort aber hinzugefügt: das tun sie, indem sie von einem Angriff auf einen Verbündeten abschrecken und eine Attacke notfalls abweisen. Von einer "übergeordneten politischen Aufgabe der Streitkräfte" war in Rom keine Rede.

Ganz anders liest sich der Ansatz der deutschen Strategen. Sie formulieren für eine militärische Lagebeurteilung relevante deutsche Sicherheitsinteressen in wirklich globaler Sichtweise: "Vorbeugung, Eindämmung und Beendigungen von Konflikten jeglicher Art", "Förderung und Absicherung weitweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität", "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen", "Verhinderung der Proliferation". Geschickt werden alle aktuellen Sorgen in den wohlhabenden westlichen Industrieländern aufgegriffen. Eine Sortierung der Anlässe in solche, bei der eine militärische Vorsorge angebracht ist, und andere, denen ausschließlich mit politischen Antworten begegnet werden kann, erfolgt nicht. Bereits in einer ersten Stellungnahme zu der Studie am 10.2. habe ich in diesem Zusammenhang von einer "Militarisierung politischer Handlungsoptionen" gesprochen. In der SPD und weiten Teilen der Öffentlichkeit gehen die Erkenntnisse genau in die umgekehrte Richtung: in der Tat kommen wir zu einem breiteren Sicherheitsbegriff, dabei merken wir aber, wie gering der Anteil von Weltproblemen ist, die eine militärische Lösung erfordern beziehungsweise vertragen.

Interventionen "out of area"

Wer den Auftrag der Bundeswehr auf globale Risikominderung und weltweites Krisenmanagement ausweiten will, muß ihr neue Fähigkeiten und Operationsräume geben. Auch wenn der Begriff "out of area" in der Studie nicht vorkommt, fehlt es nicht an Deutlichkeit in dieser umstrittenen Frage. Die Rede ist davon, das Risikospektrum "mit weltweiter Perspektive" zu betrachten und einen "weiten Horizont" für deutsche Handlungsfähigkeit zu finden. Logische Folgerung ist, daß die Bundeswehr die "Fähigkeit zu angemessenen Beiträgen zu Systemen kollektiver Sicherheit auch über die NATO hinaus" erhalten müsse. Dazu bedarf es der Änderung des Grundgesetzes, um deutschen Streitkräften die Beteiligung an militärischen Einsätzen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen (solche haben übrigens bisher noch nie stattgefunden) zu ermöglichen, "soweit es deutsche Interessen und deutsche Mitverantwortung für die Wahrung von Frieden, Humanität und internationaler Sicherheit gebieten" (Anmerkung: Dies ist die Formulierung aus dem Auftragskatalog der Bundeswehr auf Seite 6 des Papiers; auf Seite 11 wird dieser Katalog in anderer Version noch einmal wiederholt. Auf Befragen räumte General Naumann im Verteidigungsausschuß ein, daß diese zweite Version irrtümlich als Vor-Variante im Text stehengeblieben sei und zu streichen ist).

Nun ist aber bekannt, daß eine ausreichende Mehrheit für eine Grundgesetzänderung dieser Art nicht zur Verfügung steht. Die SPD hat auf ihrem Bremer Parteitag ihre Bereitschaft bekundet, eine Verfassungsänderung mitzutragen, die der Bundeswehr eine Beteiligung an friedenserhaltenden UNO-Maßnahmen im Rahmen von Blauhelm-Einsätzen ermöglicht. Ausdrücklich lehnen die Sozialdemokraten eine Öffnung für denkbare Kampfeinsätze nach Kapitel VII der Charta ab. Die Hardthöhe plant also künftig Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr auf der Basis einer Grundgesetzänderung, die es nicht geben wird. Mit Recht hat dies der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Walter Kolbow, als eine Planung am Grundgesetz vorbei bezeichnet.

Stöckenberg stellt den Primat der Politik zur Diskussion und verläßt den Konsens in Grundfragen der Sicherheitspolitik. Man fragt sich, wie er sich mit seinen vielen Fehlleistungen und Problemen auf dem Rücken zu solchem Abenteuertum hinreißen lassen kann. Noch gibt es die Hoffnung, daß ihm besonnene Leute seiner eigenen Fraktion und Koalition in den Arm fallen und ihm den einzig akzeptablen Weg weisen: Über den künftigen Auftrag der Bundeswehr einen offenen Dialog mit den Parteien und allen Betroffenen zu führen. Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit.

(-/17. Februar 1992/rs/fr)

DOKUMENTATION**Günter Gaus: Die Macht der Hüte und der deutsche Gruß unserer Tage (Teil I)**

Günter Gaus analysiert den deutschen Einheitsprozeß in einem Referat, das wir in mehreren Teilen dokumentieren. Gaus eröffnete damit Anfang Februar die Veranstaltungsreihe "Zur Sache: Deutschland/Dresdner Reden '92", die vom Staatsschauspiel Dresden und der Verlagsgruppe Bertelsmann gestaltet wird. Zu Wort kamen beziehungsweise kommen in diesem Forum Christoph Hein, Egon Bahr und Willy Brandt. Der Beitrag von Gaus wird in der März-Ausgabe der "Neuen Deutschen Literatur" (Aufbau Verlag, Berlin) in vollem Umfang erscheinen.

Mächtige Hüte sind im vereinigten Deutschland aufgestellt. Man mag nicht glauben, daß Hüte mächtig sein können, aber diese sind es. Sie sind nicht kleidsam noch wärmend, nicht praktisch noch witzig. Ihre Macht allein ist Schmuck genug. Wie Wegweiser stehen sie auf hohen Stekken im Land. Man tut gut daran, sie zu grüßen: demütig würde als übertrieben gelten, aber respektvoll sollte der Gruß schon sein. Keinesfalls kann man zur Sache kommen - hier also auf einige Teilaspekte der derzeitigen geistigen und seelischen Verfassung der Deutschen und der gegenwärtigen Beschaffenheit ihrer Gesellschaft, wie ich sie zu erkennen meine -, bevor den Hüten nicht der Achtungs tribut gezollt worden ist. Würde man ihn verweigern, so wäre mal alsbald in Unterstellungen verstrickt, denen zu entkommen alle Kraft verbrauchte: bis zum Verstummen hin. Also grüßt man besser: vorbeugend, klüglich, gelehrig. Hat man erst oft genug gegrüßt, so winkt manchen Grüßenden eine Prämie: Sie sehen schließlich die Macht der Hüte als die rechtmäßige und einzig wahre an. Friede dann der Asche ihrer Freiheit.

So wird es mit mir hoffentlich nicht enden. Aber anpassen will ich mich immerhin dem deutschen Gruß unserer Tage. Also beuge ich meinen Kopf, mache ich meinen Diener vor den Geßler-Hüten im Lande. Ich buchstabiere, was auf die Hutbänder gedruckt ist, und sprache willig nach: Ja, das SED-Regime war auf seine Weise totalitär; ja, es gab keine Machtkontrolle von unten nach oben; ja, in der DDR fehlte es an Rechtssicherheit; ja, es gab bössartige Drangsalierungen und Einangungen von Amts wegen; ja, Frauen und Männer, die als Andersdenkende auffällig geworden waren, wurden auf vielerlei Weise verfolgt; ja, auch den Menschen, die sich nicht auffällig machten, blieb manches versagt, worauf sie in der politischen Zivilisation unserer Zeit einen verbrieften Anspruch haben. Ja, ja, ja. Habe ich einen Hut der Art, die nach dem schweizerischen Landvogt Geßler benannt worden ist, übersehen? Er sei gegrüßt.

Zu den kleinen Skandalen im heutigen Deutschland gehört, daß solche banalen Einsichten, wie sie auf einem Hutband Platz finden, zunächst ausdrücklich beteuert werden müssen, wenn man auf das Sein und Bewußtsein der Deutschen in Ost und West vor der Wende und seit ihr - ein Sein und Bewußtsein, das von den Hutbändern nicht umfaßt wird - freimütig und differenzierend zu sprechen kommen will. Die öffentliche Debatte, wie sei vorherrscht, verlangt das Bekunden von Selbstverständlichkeiten als eine Unterwerfungsgeste. Oft erschöpft sie sich in der Unterwürfigkeit gegenüber den Schlagzeilen in großen Lettern, die nicht alle immer ganz oder halb falsch sind, aber doch alle fast immer eine Verfälschung durch Vereinfachung oder Verallgemeinerung: Agitation, welche die Agitatoren gewöhnlich nicht als solche erkennen, sondern für die Ausübung ihres journalistischen Berufs ansehen. Wer darüber argumentativ hinausgehen will, gerät in Verdacht - falls er das Wort so lange behält. Wir waren einmal einsichtsfähiger; jedenfalls die kleine Schar Westdeutscher, die sich früher schon für die Lebensumstände der Menschen in der DDR interessiert hat. Aber historische Zeiten brauchen wohl eine schlichte Ausstattung im Geistigen, damit die Hochstimmung durch den Alltag kommt.

Zu den größeren Skandalen unserer geistigen Provinz ist zu rechnen der weitgehende Verlust an Kritikfähigkeit gegenüber dem politischen System, das die Westdeutschen zu ihrem unverdienten Glück nach 1945 beschert bekamen und das nun auf das Beitrittsgebiet der Bundesrepublik, die ehemalige DDR, ausgedehnt worden ist. Kritik am eigenen Haus war ohnehin keine vorrangige politische Tugend der Alt-Bundesbürger gewesen. Wer sie unter ihnen zu nachhaltig pflegte, dem wurde anempfohlen, doch nach "drüben" zu gehen, falls es ihm zuhause nicht passe, falls er auch an der besten aller Welten noch Mängel zu entdecken meine. Drüben, also in der DDR, wäre, das ist wahr, eine öffentliche Kritik am sie beherrschenden System anders gehandhabt worden als mit der Aufforderung, das Weiße zu suchen. Ja, hätte man sich darauf verlassen können, daß es damit sein Bewenden haben würde und die Aufforderung als Angebot zu verstehen sei, so wäre in der DDR gewiß eine lebhafte öffentliche Systemdebatte geführt worden.

Ich dachte schon seinerzeit, daß der unterschiedliche Umgang mit Kritikern von höchster Bedeutung für die davon betroffenen Menschen sei, aber daß er nicht rechtfertige, die Augen vor möglichen Fehlentwicklungen des eigenen, sehr geschätzten pluralistischen Systems zu verschließen. Immer wenn dieser Unterschied und vergleichbare weitere zwischen hüten und drüben in meinem damaligen Staat, der alten Bundesrepublik, nicht nur zum Nachweis wesentlicher Vorzüge des westlichen Systems benutzt wurden, sondern auch dämpfend wirken sollten auf kritische Prüfungen des eigenen politischen Gehäuses - dann immer habe ich gemeint, wir ließen unser System im Stich; wir rückten es näher heran an die verkrusteten Strukturen des Ostens, in denen Systemkritik als der Sündenfall des Ketzers galt.

Und wie nahe stehen wir nun, seit der Wende, dem untergegangenen System, nicht in den politischen Abläufen, wirtschaftlichen Regelungen und sozialen Verhältnissen, aber mental? Die öffentliche Diskussion, auch unter den feinsten Feuilletonisten und bedeutendsten Leitartiklern, begnügt sich so gut wie ganz mit schmeichelhaften Systemvergleichen. Die Aufdeckung der Scheußlichkeiten und Widerwärtigkeiten, des Schwachsinn und des Wahrwitzes eines Apparates, der partiell offenkundig zum schieren Selbstzweck wurde: die Innereien eines Staates, die sein Zusammenbruch bloßlegt, veranlassen nicht schlechthin zu erhöhtem Mißtrauen gegen staatliches Menschenwerk und dessen moderne Machtmittel, die offenen und die verdeckten. Sie dienen vielmehr der moralischen Überhöhung der eigenen politischen Einrichtungen, die aber doch auch nur von gewöhnlichen Menschen betrieben werden, denen von Natur aus Machtsicherung ein höherer Zweck ist als Machtbeschneidung, wenn es um die eigene Macht geht.

Nun freilich muß ich rasch einen weiteren Geißler-Hut grüßen und versichere dabei ohne Vorbehalt: Ja, ich erkenne und anerkenne die wahrlich wesentlichen Unterschiede zwischen DDR und BRD. Nein, ich leugne nicht, daß ein halbwegs gut funktionierender Hygienesdienst, manche Medienorgane reinlicher als andere, die Sauställe auf unserem Hof gelegentlich ausmistet. Kann ich, darf ich zur Sache zurückkommen, Herr Hut? Er wird bewegt vom Wind der öffentlichen Meinung und ich nehme es dreist als ein zustimmendes Nicken.

Also: Der fast total gewordene Mangel an kritischer Distanz der meisten publizistischen, professoralen und intellektuellen Wortführer größeren und kleineren Kalibers gegenüber den Machtstrukturen und dem Machtvollzug im siegreichen System; die Genügsamkeit, alles Eigene grundsätzlich in Ordnung zu finden durch den Vergleich mit dem Unterlegenen; die Leichtfertigkeit, mit der auch pragmatische Sorgen von wachsenden Unzulänglichkeiten des Bestehenden als Ausfluß von Sehnsucht nach einer Utopie denunziert werden; die intellektuelle Selbstaufgabe, die darin liegt, das relativ erheblich Bessere nun auch gleich, mehr oder weniger verhüllt, ins absolut Gute zu transponieren: die Blindheit dafür, daß mit eben diesem

Schritt vom Relativen ins Absolute die angeblichen Verächter alles Utopischen das eigene System in den Rang einer gegenwärtig, einer faktisch gewordenen Utopie erheben - die Summe all dessen ergibt eine Geisteshaltung, die ihrer Art nach auch den angepaßten Intellektuellen des entschwundenen Systems zu eigen war; ob sie nun aus Überzeugung oder Anpassungsbedürfnis als solchem sich eingeordnet hatten. Der Sieger kann sich schnell am Leichengift des Besiegten infizieren; eine Metapher, die medizinisch nicht standhält, die derzeit jedoch im übertragenen Sinne für das vereinigte Deutschland von Belang ist.

Da unsere Ordnung aus guten Gründen die andere abgelöst hat, werden weiterhin alle gesellschaftlichen Fragen als erledigt angesehen; beantwortet durch den Verlauf der Geschichte. Es herrscht ein Tonfall der Gewißheit, der boshafte Vergleiche mit dem marxistischen Zungenschlag von der historischen Gesetzmäßigkeit aufdrängt. Die wachsende Entfremdung zwischen politischer Klasse und Bevölkerung auch im Pluralismus; die zunehmenden Gleichgewichtsstörungen im System; die verstärkte Gefahr populistischer Entartungen in den verschiedensten Formen von Despotie - was verschlägt es? Wir lassen uns das intellektuelle Leben in großen Zeiten nicht vergällen.

Eine Selbstgefährdung durch Selbstzufriedenheit. Dementsprechend, Ausnahmen bestätigen die Regel, wird das westliche System samt seinen Schwächen über die Elbe gereicht wie ein Geschenk, an dessen Vollkommenheit Fragen zu richten, nicht die demokratische Lernfähigkeit der Ostdeutschen beweist, sondern deren Undankbarkeit. Sollen sie doch nach drüben gehen. Ach, so. Außerdem würden sie gewiß in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit auch nicht gehen wollen. Aber warum sind sie dann nicht dankbarer?

Den Mangel an kritischer Distanz zu beklagen, heißt nicht, einer hochmütigen Systementrücktheit das Wort zu reden. Im Gegenteil. Wer kann denn wollen, daß sein Gemeinwesen zum alleinigen Besitz derer wird, die unmittelbar politisch handeln? Aber Skepsis statt Verklärung kennzeichnet die gesellschaftliche Funktion des Intellektuellen - vor allem gegenüber dem eigenen politischen System. Ob die Verklärung künstlich beatmet wird von einem ideologischen Dogma oder sich herstellt durch einen leichtgemachten Vergleich, so oder so, die Mitwirkung an ihr führt in dem einen Falle zur Agitation, im anderen zum Geschäft von public relations. Zwischen beiden ist der Weg nicht weit.

Zu den großen Skandalen im vereinigten Land zählt die Methode der Vergangenheitsbewältigung. Auf diesem Felde stehen die Geißler-Hüte besonders dicht. Einigen von ihnen will ich meine Achtung nicht erweisen. Was sie auf ihren Bändern behaupten und fordern und damit dem, der grußlos vorübergeht, als Unterstellung androhen, ist so dumm oder schamlos, daß ich eher die Unterstellung ertragen wilf als mir ein Verschontbleiben durch Kopfbeugen einhandeln. Ich kann mir das leisten, so vermute ich. Ein paar Zitate aus meinen Büchern, nun ja. Ich bin in Deutschland kein Ausländer aus dem Osten oder Süden, der unbedingt mit einer ungezügelten Börsartigkeit gegenüber seinem Anstößigsein rechnen sollte. Auch betreibe ich nicht die Wiedereinstellung auf einen Arbeitsplatz noch strebe ich ein öffentliches Amt an, was beides die Grußpflicht einschließt. Welchen Hüten ich den Respekt verweigere? Es wird sich zeigen.

(-/17. Februar 1992/rs/fr)

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)